

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich habe die diesjährigen Haushaltsdebatten größtenteils
als sachlich und konstruktiv empfunden.

Dabei sind mir durchaus einige interessante Gemeinsamkeiten
zwischen Mehrheit und Opposition aufgefallen.

Gemeinsam ist uns allen z.B. die Erkenntnis,
dass wir,
wie Kollege Cremer es ausgedrückt hat,
gerade einen Paradigmenwechsel erleben.

Corona hat ein großes Loch in unseren Haushalt gerissen hat.

Der unabhängige Rechnungshof hat bestätigt,
dass wir sowohl 2018 als auch 2019 die schwarze Null erreicht haben.

Ebenso hat der Rechnungshof bestätigt,
dass sich unser Haushalt 2020 vor Corona
im strukturellen Gleichgewicht befand.

Innerhalb weniger Monaten wurde dann aber
aus einer schwarzen Null
ein Defizit von mehr als 70 Millionen,
wie Kollege Mockel uns vorgerechnet hat.

Ja, das stimmt.

Und das ist nur,
das ist ausschließlich auf die Coronakrise zurückzuführen.

Kollege Franssen hat zwar Recht,
wenn er daran erinnert,
dass die DG schon vor der Coronakrise
Einnahmenverluste verbuchen musste,
und zwar in Höhe knapp 7 Millionen EUR pro Jahr.

Darauf habe ich ja selbst bei der Vorstellung des Haushaltes hingewiesen.

Kollege Freches hat die Gründe hierfür am Montag genannt.

Brexit, Trumpscher Egoismus und internationale Krisen hatten der Konjunktur schon vor Corona einen empfindlichen Dämpfer verpasst.

Aber, Kolleginnen und Kollegen,
wir waren trotz dieser Einnahmenverluste in der Lage,
einen ausgeglichenen Gesamthaushalt zu hinterlegen.

Wir waren sogar in der Lage,
im laufenden Haushalt einen Überschuss von 11 Millionen zu erzielen.

Das war weniger als in den Vorjahren
– wir konnten also weniger in Infrastruktur investieren als in den Jahren zuvor.

Aber es war immer noch ein Überschuss.

Es stimmt,
dass wir mittelfristig
entweder auf Investitionen verzichten
oder auf alternative Finanzierungsformeln
hätten zurückgreifen müssen.

Aber wir waren – Kollege Franssen –
trotz Mindereinnahmen in der Lage,
den Haushalt im Gleichgewicht zu behalten.

Das hat der Rechnungshof bestätigt.

Wir hätten sogar trotz Corona an der schwarzen Null festhalten können.

Aber das hätte einen sozialen Kahlschlag zur Folge gehabt,
den wir für unverantwortlich gehalten haben.

Wir haben uns stattdessen dazu entschlossen,
den Menschen zu helfen.

Wir haben Hilfspakete Höhe von 70 Millionen geschnürt,
um die Folgen der Krise abzufedern.

Wir haben alles in unser Macht Stehende getan,
um zu verhindern,
dass dieses Virus alles zerstört,

was wir vor der Krise so sehr geschätzt haben
und was unsere Lebensqualität ausmacht.

Dabei sind wir bis an das äußerste Limit unserer Befugnisse gegangen,
wie Kollege Servaty richtig festgestellt hat.

Wir haben nahezu alle Instrumente unserer Autonomie eingesetzt,
um unbürokratisch zu helfen;

um zB.

die Tagesmütter, die Kulturvereinigungen, die Vereinswelt,

die Sozialbetriebe,

die Gemeinden und ÖSHZ,

die Schulen,

den HORECA-Sektor,

den Einzelhandel, die Kontaktberufe,

die Gesundheitsdienstleister,

die Ausbildungsbetriebe

und die Wohn- und Pflegezentren

mit insgesamt 70 Millionen EUR zu unterstützen.

Dass die Hilfen in der DG höher ausfallen

als im Landesinnern

und dass manche Hilfsstruktur

hier schneller aufgebaut wurde als anderswo,

gibt uns keinen Anlass zu ,

wie Sie behauptet haben, Kollege Mockel.

Aber es ist eine Tatsache.

Warum,

liebe Mitglieder der ECOLO-Fraktion,

dürfen wir unser Handeln plötzlich

nicht mehr mit dem Landesinnern

vergleichen?

Die Opposition stellt doch auch ständig Vergleiche zur Wallonie,

zur FG und zu Flandern an,

um unsere Politik in einen globaleren Kontext einzuordnen.

Sie hat es am Dienstag in mehreren Bereichen wieder getan.

Vergleiche mit dem Inland sind nicht anrühlich,

sondern hilfreich,

um unser Tun bewerten zu können

Selbstverständlich kommt uns in dieser Krise
unsere Kleinheit,
zugute,
Kollege Mockel.

Das bestreitet niemand.

In den vielzitierten kurzen Wegen
liegt bekanntlich eine große Chance unserer Autonomie.

Diese Chance müssen wir gerade in Krisenzeiten nutzen.

Genau das haben wir getan.

Nicht mehr und nicht weniger.

Erlauben Sie mir dennoch 2 Hinweise
zu unserer Kleinheit,
Kollege Mockel:

Erstens,
wir verfügen nicht über höhere Einnahmen als die anderen Gemeinschaften
in Belgien.

Lassen Sie sich das nicht von unserem Kollegen Balter einreden.

Zweitens,
unsere Kleinheit hat nicht nur Vorteile.

Wir verfügen z.B.
über viel weniger Personal als alle anderen,
obwohl wir nicht weniger
sondern mehr Zuständigkeiten wahrnehmen
als die beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes.

Das hat logischerweise zur Folge,
dass wir im Gegensatz zu allen anderen
nicht für jedes Thema
spezialisierte Spezialisten aufbieten können.

Glauben Sie bitte nicht Herrn Balter,
der unsere Verwaltung gerne vorwirft,
sie habe zu wenig zu tun.

Nein,
gerade in einer kleinen Gemeinschaft
müssen die Mitarbeitenden besonders flexibel sein.

Sie müssen häufig alleine mehrere Aufgaben gleichzeitig wahrnehmen,
für die es anderswo gut bestückte Expertenteams gibt.

Sie sind praktisch jederzeit verfügbar, selbst am Wochenende, wie ich aus Erfahrung weiß.

Dafür möchte ich mich herzlich bedanken/

Ich finde,
auch mal die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes
haben mal ein Dankeschön verdient.

Es gibt in diesem Hause einen breiten Konsens darüber,
dass wir den Menschen in unserer Heimat jetzt helfen müssen
und folglich vorübergehend von der schwarzen Null abweichen dürfen.

Kollege Freches hat am Montag die konstruktive Zusammenarbeit
zwischen Opposition und Mehrheit in diesen schwierigen Zeiten gelobt.

Ich schließe gerne mich seinen Worten an.

Völlig klar ist aber auch,
wir schnellstmöglich wieder zum Haushaltsgleichgewicht
zurückfinden müssen.

Darin sind wir uns ebenfalls einig.

Dafür wollen wir mit unserer neuen finanzpolitischen Strategie sorgen.

Wir wollen den laufenden Haushalt
zu Beginn der kommenden Legislaturperiode
und den Gesamthaushalt bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode
wieder ins Gleichgewicht

Der Rechnungshof hat bestätigt, dass wir das schaffen können.

Und der Rechnungshof hat bestätigt,
dass wir in der Lage sind,
ein Investitionsprogramm von 600 Millionen zu stemmen.

Alle hierfür notwendigen Ausgaben wurden in die mittelfristige Finanzplanung eingetragen.

Sollten Sie daran zweifeln, Kollege Mockel, rechnen Sie es bitte noch mal nach.

Selbstverständlich schränkt aber ein solches Investitionspaket die Handlungsspielräume kommender Regierungen ein, Kollege Mockel.

Das ist selbstredend. Das mit jeder Ausgabe so.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass die Handlungsspielräume kommender Regierungen nicht unzumutbar eingeschränkt werden, dass kommende Regierung handlungsfähig bleiben.

Das wiederum ist nachweislich der Fall.

Und darauf kommt es an.

Uns ist sehr wohl bewusst, dass 600 Millionen keine Kleinigkeit sind.

Das ist, wie Kollege Servaty sagte, ein gewaltiges Konjunkturprogramm.

Gleichzeitig ist es ein enormer Kraftakt, mit dem wir die Lebensqualität in Ostbelgien weiter verbessern wollen.

Kollege Cremer hat darauf hingewiesen, dass die Mehrheit mit diesen Investitionen dafür sorgen will, dass Ostbelgien auch nach der Krise eine Region ist, in der man gut leben und arbeiten kann.

Ja, mit diesem Programm wollen wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen.

Die richtigen Lehren aus der Krise zu ziehen,
das sollte unser gemeinsamer Anspruch sein.

Und damit kann man nicht früh genug beginnen.

Mit unserer Regierungserklärung im September haben wir rechtzeitig
damit begonnen,
Lehren aus der Krise zu ziehen,
indem wir 20 konkrete Zukunftsprojekte vorgeschlagen haben.

Aber,
Kolleginnen und Kollegen der Opposition,
wir haben nie behauptet,
dass wir heute schon in der Lage sind,
abschließende Lehren aus der Krise zu ziehen.

Im Gegenteil:

In unserer Regierungserklärung haben wir wörtlich festgehalten:

„Uns fehlt leider der zeitliche Abstand, um abschließende Erkenntnisse gewinnen zu
können.

Wir möchten heute anhand von 20 Projekten beispielhaft aufzeigen,
welche Lehren wir aus der Krise ziehen können.“

Ehrlich gesagt,
hat mich die Reaktion der Opposition auf unsere Vorschläge enttäuscht.

Die Regierung brauche endlich einen Plan.

Ihr fehle eine vorausschauende Strategie,
wurde uns vorgehalten.

Was soll das denn?

Wir haben doch einen Plan,
und zwar einen vorausschauenden und nachhaltigen Plan.

Wir haben ein langfristig ausgerichtetes REK,
an dem wir uns seit Jahren orientieren

und das wir in dieser Legislaturperiode für die Zeit nach 2025 erneuern wollen.

Wir haben Ihnen zudem 20 Zukunftsprojekte vorgestellt, mit denen wir unseren Standort zukunftsfähig machen können,

Wir haben aufgezeigt, wie all diese Projekte finanziert werden können.

Und wir haben Ihnen zu alldem einen parteiübergreifenden Dialog angeboten.

Und welche Antwort erhalten wir auf dieses Angebot?

„Die Regierung braucht endlich einen Plan“, sagt die Opposition.

Ja, ich frage Sie, was ist denn Ihr Plan, liebe Vertreter der Opposition.

Frau Voss vermisst legislaturperioden-übergreifendes Denken.

Bei aller ehrlich gemeinten Sympathie, Frau Voss.

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

Unser REK erstreckt sich über mehrere Legislaturperioden.

Unsere neuen Zukunftsprojekte erstrecken sich über mehrere Legislaturperioden.

Unser Investitionsprogramm erstreckt sich über mehrere Legislaturperioden.

Wie kann man da legislaturperioden-übergreifendes Denken vermissen?

Ich hätte mir stattdessen von der ECOLO-Fraktion konkrete Abänderungsvorschläge zu unserem Plan gewünscht.

Dazu haben wir leider wenig vernommen.

Genauso bedaure ich,
dass Kollege Franssen
kein gutes Haar an unserem Plan gelassen.

Von „Wunschzettel“ und „Alibi“ war die Rede,
von einem „Aufbruch in neue Schulden“
und einer „Belastung für kommende Generationen“.

Das war alles wenig konkret.

Konkret war lediglich,
dass Sie unsere Investition
in einen flächendeckenden Glasfaserausbau ablehnen.

Wir sehen das zwar anders.

Wir glauben,
dass wir dringend in Ostbelgien eine moderne digitale Infrastruktur brauchen.

Eine solche Investition würde nicht zuletzt den Schulen zugutekommen.

Übrigens auch dem E-Sport.

Aber zumindest war Ihre Aussage zu diesem Thema eindeutig.

Ich vermissе jedoch eine inhaltliche Positionierung
Ihrer Fraktion
zu den anderen Themen unseres Plans.

Sind Sie dafür oder sind Sie dagegen,
dass wir 181,5 Millionen in den Klimaschutz investieren?

Sind Sie dafür oder dagegen,
dass 150 Millionen EUR in den Schulbau investiert werden soll?

Sind Sie dafür oder dagegen,
dass wir insgesamt 410 Millionen EUR
in die Krankenhäuser,
in den Ausbau von Seniorenheimen und Kinderkrippen,
in die Gewerbegebiete, in den Wohnungsbau,
in die Tagestätten,
in die Sanierung von Gemeinschaftszentren
und in die Jugendhilfe investieren?

Dieser Plan ist eben kein Wunschdenken.

Dahinter stecken sehr konkrete Projektideen.

Deshalb würde mich Ihre Stellungnahme dazu interessieren.

Zurecht haben alle Fraktionen darauf hingewiesen,
dass für diese Investitionen neue Schulden aufgenommen müssen.

Wer für die Investitionen ist,
der ist auch für eine Neuverschuldung.

Das stimmt.

Nun will Kollege Mockel wissen,
wo denn die Obergrenze für die Verschuldung der DG liegt.

Das ist eine berechtigte aber genauso erstaunliche Frage.

Erstaunlich deshalb,
weil ich diese Frage schon längst beantwortet habe.

Ich wiederhole das aber gerne noch mal für Sie.

Das entscheidende Kriterium für die Bewertung
einer Verschuldung ist die Rückzahlungsfähigkeit.

Darin sind wir uns wohl alle einig.

Bin ich in der Lage meine Schulden zurückzuzahlen? Ja oder ein?

Das ist die entscheidende Frage.

Und hierfür gibt es Richtlinien.

Für eine staatliche Einrichtung wie die DG gilt,
dass sie – auf mehrere Jahre gestreckt -
nicht mehr als 25 % ihrer Einnahmen
für die Rückzahlung aller Schulden aufbringen sollte.

Nicht mehr als 25 %.

Das nennt man in der Wissenschaft den Schuldendienstdeckungsgrad.

Und daran sollten wir uns orientieren.

Das ist unsere Obergrenze.

Wie sieht es nun in der DG aus?

Wenn man nun die geplante Neuverschuldung zur heutigen Schuld hinzurechnet, dann würden wir auf dem Höhepunkt unserer Verschuldung 9,8 % unseres Haushaltes aufwenden müssen, um alle Schulden komplett zurückzuzahlen.

Wir liegen also weit unterhalb der Obergrenze von 25 %.

Unsere Verschuldung ist folglich verkraftbar und rückzahlbar.

Ich habe dazu kein Gegenargument gehört.

Selbst Kollege Franssen erkennt den Schuldendienstdeckungsgrad als relevantes Instrument zur Bewertung unserer Verschuldung an.

Er hält allerdings unsere Berechnung ab 2024 für spekulativ, weil die Zinsen irgendwann steigen könnten.

Dieser Einwand ist berechtigt.

Ja, die Zinsen könnten irgendwann steigen.

Deshalb hatten wir ja bereits unserer Berechnung einen Zinssatz zu Grunde gelegt, der deutlich über den heutigen Marktzinsen liegt.

Nun fragt Kollege Franssen, was denn passiert, wenn die Zinsen noch deutlicher steigen sollten z.B. auf 3 %.

Diese Frage kann ich beantworten:

Sollten die Zinsen tatsächlich auf 3% steigen, dann müssten wir auf dem Höhepunkt unserer Schulden nicht 9,8 %

sondern 12,4 % aufwenden,
um alle Schulden komplett abzubauen.

12,4 %.

Damit lägen wir immer noch weit unterhalb der Obergrenze von 25 %.

Die Rückzahlungsfähigkeit ist also
selbst
bei einem spürbaren Anstieg der Zinsen
gewährleistet.

Wobei Kollege Freches zurecht angemerkt hat,
dass die DG es gar nicht so weit kommen lassen muss,
weil sie jederzeit in der Lage ist,
auf langfristige Zinssätze umzusteigen.

Kollege Mockel hat am Montag beklagt,
für den Klimaschutz werde zu wenig getan.

Und ich stimme ihm zu.

Ich werde heute nicht erneut in Erinnerung rufen,
was wir schon alles getan haben.

Die energetische Sanierung von Gebäuden
gilt schon seit geraumer Zeit als oberste Priorität
in unserem Infrastrukturplan.

Und selbstverständlich nehmen wir unser Vorbildfunktion
bei öffentlichen Bauvorhaben wahr.

Dafür gibt es viele Beispiele.

Aber insgesamt sind auch wir
mit dem bislang Erreichten nicht zufrieden.

Ich gebe zu, wir müssen schneller und besser werden.

Daran wird intensiv gearbeitet.

Und ich hege die Hoffnung,
dass Sie schon in absehbarer Zeit
mit unserer Arbeit zufrieden sein werden.

Kolleginnen und Kollegen,
alle Redner dieses Haushaltsmarathons
sind auf die Coronakrise eingegangen.

Erlauben Sie mir abschließend,
das ebenfalls zu tun.

Mehrere Redner haben einzelne Schutzmaßnahmen,
die der Konzertierungsausschuss beschlossen hat,
kritisch bewertet.

Und das ist ihr gutes Recht.

Eine kritische Auseinandersetzung
mit politischen Entscheidungen
gehört zum Wesen der Demokratie.

Manches erscheint widersprüchlich und ungerecht.

Ich kann den Frust darüber nachzuvollziehen;
bitte aber um Verständnis dafür,
dass es in der Politik
für den Umgang mit einer solchen Krise
keine Blaupause gibt.

Entscheidungen wie diese hat die Politik noch nie treffen müssen.

Einerseits die Menschen vor einem gefährlichen und hochansteckenden Virus zu schützen,
gegen das es kein Medikament gibt,
und andererseits ein Maximum an Freiheiten aufrechtzuerhalten,
das ist für alle Politiker
eine gigantische, nie dagewesene Herausforderung.

Das war, ist und bleibt eine extrem schwierige Gratwanderung.

Dieses Virus ist nicht gerecht.

Es orientiert sich nicht an unseren Werten und Grundrechten.

Es schlägt einfach zu.

Darum tut sich die Politik überall auf der Welt schwer damit, die richtige Balance zu finden.

Dabei werden auch Fehler gemacht. Ganz sicher.

Ich kenne übrigens kein Mitglied des Sicherheitsrates und kein Mitglied des Konzertierungsausschusses, das mit allen Maßnahmen einverstanden gewesen wäre.

Ich bin auch nicht mit allem einverstanden.

In jeder Sitzung des Konzertierungsausschusses wird mühevoll und kontrovers versucht, sehr unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen.

Das gelingt leider nicht immer.

Fest steht aber, dass die Schutzmaßnahmen insgesamt, dass die beiden Lockdowns uns schon 2 Mal vor dem kompletten Zusammenbruch des Gesundheitswesens bewahrt haben.

Vor wenigen Wochen standen wir hier in Belgien vor dem Kollaps unserer Krankenhäuser.

Das scheinen einige schon vergessen zu haben.

Die Intensivstationen waren voll belegt.

Patienten mussten ins Ausland verlegt werden, um zu vermeiden, dass Ärzte entscheiden müssen, wen sie sterben lassen, weil kein Platz mehr frei ist.

Dass es nicht soweit gekommen ist, verdanken wir der Bevölkerung, die sich solidarisch an die Schutzmaßnahmen gehalten hat.

Werte Kollegen der Vivant-Fraktion, wenn Sie das nicht glauben, dann reden Sie doch mal mit den Ärzten und Pflegekräften; dann besuchen Sie endlich mal ein Krankenhaus.

Da müssen Sie gar nicht weit fahren.

Dann auch unsere beiden Krankenhäuser waren noch vor kurzem voll ausgelastet.

Das sind keine Fake News,
das ist keine Angstmacherei,
das ist die nackte Wahrheit.

Sie behaupten zwar formal, Kollege Balter die Gefahr des Virus nicht zu leugnen.

In Wahrheit tun Sie aber nichts anderes, als die Gefahr zu verharmlosen.

Sie fragen in Ihren Reden zweifelnd, für wen das Virus eigentlich eine Gefahr sei und sprechen von „gewissen Bevölkerungsgruppen“.

Es geht nicht um „gewisse Bevölkerungsgruppen“, liebe Kollegen.

30 % der Bevölkerung gehört zu einer Risikogruppe.

Es kann somit jede Familie treffen.

Und wenn ein Gesundheitswesen zusammenbricht, wenn kein Platz mehr in den Krankenhäusern frei ist, dann leiden darunter nicht nur die Coronapatienten, auch nicht nur die Risikogruppen, sondern alle Menschen, die aus irgendeinem Grund medizinischer Hilfe bedürfen.

Sie behaupten, tausende Ärzte wehrten sich gegen die Schutzmaßnahmen und versuchen damit den Eindruck zu schüren, die Politik handele gegen den Willen der Mediziner.

In Wahrheit unterstützt aber eine überwältigende Mehrheit der Ärzte und Pflegekräfte diese Maßnahmen.

Die Krankenhäuser haben den KA sogar Ende November lautstark, schriftlich und mit Bannern an den Fenstern von Krankenzimmern dazu aufgefordert, solche Maßnahmen zu ergreifen.

Sie können all das ignorieren, Kollege Balter, um Proteststimmen einzusammeln.

Aber von Verantwortungsgefühl zeugt Ihre Realitätsverweigerung nicht.

Vivant hat bislang noch jede Schutzmassnahme abgelehnt.

Selbst Schutzmasken lehnen Sie ab.

Impfungen natürlich auch.

Wie aber wollen Sie die Bevölkerung vor dem Virus schützen, wenn Sie jeden Schutz ablehnen?

Wie wollen Sie die Krankenhäuser vor dem Zusammenbruch bewahren, wenn Sie keinen Schutz anbieten?

Solange Sie auf diese Frage keine Antwort haben, werfe ich Ihnen vor, die Gefahr des Virus zu leugnen und unverantwortlich zu handeln.

Ganz zum Schluss möchte ich noch kurz ein Wort an den Kollegen Kraft richten.

Kollege Kraft stellte uns am Montag vorwurfsvoll die Frage – ich zitiere „wo waren eigentlich die DG-Regierungspolitiker im Sommer?“.

Diese Frage ist dreist, aber ich werde sie beantworten:

Die Regierungspolitiker haben im Sommer gearbeitet.

Oftmals 7 Tage in der Woche.

Ich selbst habe in den 9 Wochen von Anfang Juli bis Ende August

an 5 Nationalen Sicherheitsräten,
an 7 Konzertierungsausschüssen,
an unzähligen Vorbereitungssitzungen,
an 4 Regierungssitzungen,
an vielen Versammlungen mit Ministerkollegen im Inland
und an mehreren Klausurtagungen teilgenommen.

Parallel dazu haben wir unser angepasstes Regierungsprogramm,
die Regierungserklärung und den Haushalt vorbereitet.

Im Sommer war nun wirklich kaum Zeit für Freizeit.

Aber ich beklage mich nicht darüber, Kollege Kraft.

All das gehört zu unseren Pflichten. Und die nehmen wir ernst.

Aber Ihre in Frageform verpackte Unterstellung,
die Regierungsmitglieder seien im Sommer nicht hier gewesen,
kann nicht unwidersprochen bleiben.

In demselben Zusammenhang haben Sie dann,
Kollege Kraft,
unserem ehemaligen Kollegen Mollers vorgeworfen haben,
er sei „dem Vernehmen nach“
im Sommer während Wochen nicht erreichbar gewesen.

Der Kapitän habe in Krisenzeiten das Schiff verlassen...

Das war keine in eine Frage verpackte Unterstellung mehr.

Das war eine böswillige Behauptung,
die nachweislich falsch ist.

Harald Mollers hat im Juli und August
bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gearbeitet.

Ich habe das live miterlebt.

Im Juli und August haben zahlreiche Versammlungen stattgefunden,
an denen er teilnehmen musste.

Er hat im Juli 7 Tage und im August 3 Tage Urlaub genommen.

Ich finde das nicht übertrieben,
zumal er auch im Urlaub gearbeitet hat und erreichbar war.

Ich selbst habe oft mit ihm telefoniert.

Er hat in seinem Urlaub Telefonate mit den anderen Unterrichtsministern geführt
und Anfragen beantwortet.

Ihre Unterstellung, Herr Kraft,
entbehrt jeder Grundlage.

Wissen Sie...,
mit den einleitenden Worten „dem Vernehmen nach...“
kann man jedes Gerücht
– wirklich jedes Gerücht -
in die Welt setzen
und seine Mitmenschen diffamieren.

Das Schlimme daran ist,
dass von jedem Gerücht immer irgendetwas
in der Öffentlichkeit hängen bleibt;
selbst dann,
wenn es widerlegt wurde.

Und das hat unser ehemaliger Kollege nicht verdient.

Ich finde, Kollege Kraft:

Was Sie gemacht haben, das gehört sich nicht.

Das macht man nicht.

Das sind persönliche Schläge unter die Gürtellinie,
auf die wir in diesem Hause verzichten sollten.

Vielleicht denken Sie ja mal darüber nach.

